

# PLUTUS

Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft u. Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man bezieht vom  
Buchhandel, von der Post und

Berlin, den 5. Juni 1918.

direkt vom Verlage  
für 6.— Mk. vierteljährlich.

## Parvenübörsen.

An den Börsen hat augenblicklich ein Zustand Platz gegriffen, der mit dem Namen „Ueber Spekulation“ eigentlich zu milde charakterisiert scheint. Die Kursbewegung kennt überhaupt keine vernünftigen Maße mehr. Dabei ist das besonders Kennzeichnende nicht einmal so sehr die Tatsache, daß Kurssprünge von 50 und mehr Prozent von einem Tage zum andern allmählich durchaus zu den Alltäglichkeiten geworden sind. Treffender noch wird die Lage dadurch charakterisiert, daß die absolute Kurshöhe über jedes Maß hinausgeht. Daß in allen Werten der Kriegsindustrie die Spekulation Orgien feiert, entspricht ja wenigstens noch dem Geist der Zeit. Aber bedenklicher ist es schon, daß eine Reihe von Werten, die diesen Namen kaum noch verdienen — für die z. B. die Preishöhen durch harte Zusammenlegungsbeschlüsse der Generalversammlungen bestimmt ist — bis nahe an die Pari-Grenze herangetrieben worden sind. Das Verbot von Kursveröffentlichungen macht es beinahe unmöglich, die einzelnen Beispiele dafür öffentlich zu geben. Aber die Mehrzahl der Bankiers, die von Berufs wegen sich mit der Entwicklung der Kurse beschäftigen mußten, erlebt täglich von neuem schauernd die Phantastik der augenblicklichen Kursentwicklung.

Diese Entwicklung erklärt sich bis zu einem gewissen Grade ganz natürlich. Trotz aller Versuche der staatlichen Stellen, dem Uebermaß der Kriegsverdienste entgegenzuarbeiten, bleiben noch immer die Entwicke-

lungsmöglichkeiten des Gewinn- und Verlustkontos unserer Gesellschaften recht stattlich. Die Aussichten auf erhöhte Dividende sind mithin durchaus noch nicht allzu beengt geworden. Möglich allerdings, daß die absolute Gewinnziffer vielleicht schon am Schluß dieses Jahres in vielen Fällen nicht mehr die Höhe der vorjährigen erreichen wird. Aber damit ist durchaus noch nicht gesagt, daß dadurch auch die Dividendenaussichten verschlechtert werden. Die letztjährigen hohen Verdienste sind überall zu besonders starken offenen und geheimen Reserverückstellungen benutzt worden. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden sehr viele Aktienverwaltungen das Bedürfnis haben, auch beim nächsten Abschluß noch ihre Unternehmungen durch solche Rückstellungen weiter zu kräftigen. Hier haben die allzu großen Ziffern der Vorjahre diejenigen Möglichkeiten, die für die ganz unbemerkte Beiseitenschaffung großer Beträge vorhanden waren, mindestens nahezu erschöpft. Die neuen Methoden, die man wird suchen müssen, werden den Aktionären schon sichtbar sein. Und die Spekulanten, die in der Hoffnung auf Gewinnchancen aus erhöhten Dividenden neuerdings Aktien erworben haben, dürften daher vermutlich alle Hebel in Bewegung setzen, um so viel wie möglich Dividende herauszuholen. Daß diese vorläufig unverminderten guten Dividendenaussichten an sich schon die Tendenz für eine Auswärtsbewegung bestärken, ist klar.

Diese Tendenz wird nun aber weiter gekräftigt durch die außerordentliche Leichtig-

keit, mit der heute jedermann auf neue Gerüchte reagiert. Was erscheint uns eigentlich in diesem Kriege noch unmöglich? Seitdem aus der Luft Stickstoff, aus dem Holz unserer Fichten Kleider für die Bevölkerung, aus den minderwertigsten bisher unbeachteten Stoffen Aluminium gewonnen wird, überrascht uns überhaupt kaum noch irgendein Versprechen der Techniker. Selbst der Vernünftigste ist so leichtgläubig aus Abgebrühtheit geworden. Wenn daher heute an die Börse das Gerücht kommt, daß eine Fabrik, die bisher Taschenmesser oder Toilettenartikel herstellte, von morgen ab auf die Erzeugung von Tischlerleim eingestellt werden wird, so wagt das kaum noch einer zu bestreiten. Und wer will gegenüber einer so motivierten Chance enormer Zukunftsgewinne darauf hinweisen, daß ein solches Unternehmen in seiner letzten Bilanz nahezu sein gesamtes Aktienkapital als verloren nachgewiesen hatte?

Doch selbst wenn irgendwer in der Veränderung der Zeiten sich unverändert seine alte Skepsis bewahrt haben sollte, wie will er sie unter den augenblicklichen Verhältnissen in die Tat umsetzen? Es ist immer mißlich, in Tagen des allgemeinen Börsentaumels gegen den Strom der Haussebewegung zu schwimmen. Der Baissespekulant bedarf, um Erfolge zu erzielen, außerordentlicher Langmut und Nervenruhe und eines noch viel größeren Kapitals. Augenblicklich aber ist der Zeitpunkt, wo überhaupt denjenigen Spekulanten, die vom Rückgang der Kurse profitieren wollen, ein Erfolg beschieden sein wird, gar nicht abzusehen. Sicher ist freilich, daß die Gefahr des Rückganges, wenn sie diesmal eintritt, ein ganz außerordentliches Maß annehmen muß. Denn das Fehlen jeglicher Kontermine wird den schließlichen Sturz fürchtbar gestalten. Aber darauf will sich heute niemand einstellen, und so geht denn die Kurssteigerung, ungehemmt durch jede Gegenströmung, lustig weiter. Und wie das immer zu geschehen pflegt: Je weiter die Kurse steigen, desto mehr wächst die Käuferjacht, für desto selbstverständlicher werden Steigerungen gehalten. Desto eher sind auch schwache Käufer geneigt, sich mit großen Summen zu engagieren.

Alle diese Tendenzen werden aber getragen durch die Einkommensumwälzungen, die im Kriege geschaffen sind. Die eigentlichen Börsenkreise, namentlich die ernstesten Bankiers, sind zurzeit wohl kaum in sehr erheblichem Maße an dem Treiben beteiligt. Ob sie sich bemüht fühlen, immer so energisch und so laut, wie es wohl wünschenswert wäre, zu warnen, kann ganz dahingestellt bleiben. Selbst wenn sie es täten, würden ihre Warnungen kaum besonderes Gehör finden. Denn die Schichten, die augenblicklich ihr Glück an den Börsen erproben, sind Neulinge mit aller Unerfahrenheit der Neulinge und sind Emporkömmlinge mit all der breiten und behäbigen Frechheit der Parvenus. Auch an der Börse herrscht der Kriegsgewinnler. Und zwar herrscht dort jene Schicht, vor deren zukünftigen sozialem und politischem Gehaben uns allen, einschließlich der von früher her Gesättigten, schon jetzt angst und bange ist. Diese Leute, die aus ihrem ihnen riesengroß erscheinenden Ueberfluß sich pfundweise Bücher und meterweise Bilder kaufen, die die Preise für Lebensmittel, für Kleider, für Mietswohnungen und für Villengrundstücke ins Schwindelhafte treiben, kaufen in buntem Gemisch zwischen prozenteilhaftem Luxusdrucken eben auch Aktienpapiere. Da zum Teil ihre Kriegsgewinne immer noch weiterlaufen, so spielt die Furcht vor etwaigen Fehlschlägen bei ihnen gar keine Rolle. Genau so wie sie damit rechnen, daß die Perserteppiche, mit denen sie heute ihre Wohnungen vollstopfen, später einmal weniger wert sein werden, so halten sie es für höchst wenig bemerkenswert, daß in Zukunft einmal ihre Aktien heruntergehen könnten. Denn man kann sagen, daß sie überhaupt ohne jedes Risiko spekulieren: Entweder erhöhen sie durch weitere Steigerung der Aktien mühelos ihre Vermögen noch weiter. Dann haben sie wenigstens einen Teil der Kriegsgewinnsteuer eingebracht. Oder sie verlieren an den Aktien, so verlieren sie nach ihrer Meinung ja nur ganz wenig, da sie dann eben weniger Kriegsgewinnsteuer zu zahlen haben. Sie spielen so eigentlich auf dem Rücken des Staates herum. Und deshalb sind sie auch allen Warnungen sowohl durch die Presse als auch der

Bankiers, von vornherein ganz unzugänglich. Diese verhältnismäßig breite Masse der niedrigsten Kriegsschieber beherrscht heute die Börse, genau so wie sie den Ausschlag für die Riesenumsätze an den Totalisatoren aller Rennplätze gibt. Die Tätigkeit dieser Leute eindämmen zu wollen, hat gar keinen Sinn. Wenn wir den Börsenstempel erhöhen, ja selbst wenn man Entree für den Zutritt zu dem Banklokal und zu den Depositenkassen erheben würde, das würde die Leute nicht abhalten, sondern den Reiz an diesen Dingen für sie eher noch erhöhen. Denn sie wünschen deutlich und sichtlich zu zeigen: Wir haben es ja dazu!

Zu einer Aenderung dieses Zustandes wird es wohl auch kaum führen, wenn man, wie das an manchen Stellen geplant zu sein scheint, dazu übergehen sollte, die Veröffentlichung von Kurszetteln zuzulassen. Denn man darf doch wohl annehmen, daß die Besitzer von Wertpapieren, die durch deren Verkauf das allgemeine Kursniveau heruntersetzen könnten, sich über den Stand ihrer Kurse auch bei den derzeitigen Schwierigkeiten orientieren. Dieser Bewegung sich entgegenzustemmen, hat überhaupt gar keinen Sinn. Man kann ihr nur beikommen durch Maßnahmen, die völlig außerhalb der Börse liegen. Eine vernünftige Handhabung der Kriegsgewinnbesteuerung ist allenfalls als eines der Mittel anzusehen, die hier einen gewissen Erfolg versprechen. Aber doch nur einen gewissen Erfolg. Denn bis auf weiteres bleibt die allgemeine Geldflüssigkeit als Begleiterscheinung dieses Krieges bestehen, und die wirkt natürlich auch automatisch auf die Gestaltung der Börsenkurse zurück.

Es bleibt der Einsicht unter diesen Umständen gar nichts übrig, als an die Vernunft derjenigen zu appellieren, die nicht

zu Kriegsgewinnlern übelster Sorte gehören, und sie darauf aufmerksam zu machen, daß die Werte der Börsenkurse augenblicklich zu den völlig irrationalen Größen gehört. Wie lange die Kriegskonjunktur noch dauern wird, kann niemand wissen. Noch viel weniger ist heute mit dem menschlichen Verstande die Frage zu beantworten, wie einmal nach Aufhören des Krieges die innere Bewertung der mehr oder weniger guten Aktien sich stellen wird. Wer heute an seinem Aktienbesitz verdient, soll sie unter allen Umständen verkaufen. Es liegt ja leider in der menschlichen Natur, daß jeder gern seine Waren, also auch seine Aktien, nur zum höchsten Preise abgeben und jeden nur immer erdenklichen und möglichen Gewinn mitnehmen möchte. Wenn ein Aktionär oder Spekulant in früheren Jahren auf den Rat eines Wohlmeinenden einmal seine Papiere verkauft hatte und diese Papiere stiegen dann weiter im Kurs, so wurde er an den verschenkten Gewinn immer dadurch erinnert, daß er beim Frühstück unwillkürlich im Kurszettel seines Beiblattes zuerst die Kursentwicklung seines ehemaligen Besitzes verfolgte. Heute ist es ja viel leichter, solche entgangenen Gewinne zu verschmerzen. Einen Kurszettel gibt es nicht. Und man hat nur nötig, beim Bankier sich nicht mehr nach dem betreffenden Papier zu erkundigen. Möglich, daß der Trubel noch weiter geht. Wahrscheinlich sogar. Und doch ist es die höchste Zeit, sein Geld in Sicherheit zu bringen. Leute, die auf Gesellschaft Wert legen, sollten jetzt nicht in den Reigen der Börsenspekulanten treten. Für sie ist zurzeit die Rentenanlage, die ja doch in der Kriegsanleihe sowohl hohe Verzinsung als auch — bei den jetzigen Waffenerfolgen — zukünftigen Kursgewinn birgt, einzig und allein standesgemäß.

# Deutsche Finanzreform

VI. \*)

Eine genaue Berechnung der Rentenlasten, die dem deutschen Volk aus diesem Kriege zur Versorgung der Hinterbliebenen der Gefallenen und zur Beihilfe und völligen Unterstützung der Kriegsverletzten erwachsen werden, ist nicht ganz leicht. Schon deshalb nicht, weil augenblicklich noch gar nichts von den Grundätzen feststeht, die dafür künftig zu gelten haben. Daß die alten Grundätze nicht beibehalten werden können, ist klar. Noch nach dem letzten deutsch-französischen Kriege der Jahre 1870/71 ist die Versorgung der Kriegsinvaliden weder so ausreichend noch so vernünftig geregelt worden, daß das Höchstmaß dessen erreicht wurde, was die Kriegsteilnehmer verlangen konnten. Der mit dem eisernen Kreuz geschmückte, auf einem Holzbein humpelnde Leierkastenmann war damals durchaus keine seltene Erscheinung. Als die Begeisterung der diesmaligen ersten Kriegsjahre in ihrem Höhepunkt stand, hörte man allgemein die Auffassung, daß nach dem Weltkrieg unter keinen Umständen die volle Abtragung der Dankeschuld des Volkes an seine Krieger versäumt werden dürfe. Aber inzwischen ist von der ersten Kriegsbegeisterung sehr viel verflogen und die sich langsam anbahnende Erkenntnis von der Größe der zukünftigen finanziellen Ausgaben hat sichtlich hier und da bereits die Neigung hervorgerufen, gegenüber den Invaliden- und Hinterbliebenen-Kosten zu knausern. Es wäre der schwerste Fehler, den wir machen könnten, wenn wir solchen Stimmungen nachgeben wollten. Ich sehe dabei von Sentimentalitäten und ethischen Gründen vollkommen ab. Das Ideal der Moralisten wird zudem, nach welcher Methode wir immer rechnen, in vollem Umfange gar nicht erfüllt werden können. Denn selbst bei sehr reichlicher Bemessung der Renten wird es den armen Teufeln, die auf nichts weiter als auf ihre Renten angewiesen sind, ohnehin nicht besonders gut gehen. Aber dem richtigen Standpunkt zur Lösung der Hinterbliebenen- und Kriegsbeschädigtenfrage kommt man nur auf dem Wege realpolitischer Erwägung näher: Die Erschütterungen, die der deutsche Volkskörper durch den Krieg erleidet, müssen naturgemäß sehr stark sein. Insbesondere werden wir wirtschaftliche Umwälzungen zu überstehen haben, gegen die alles, was nach früheren Kriegen da war, geringfügig erscheinen wird. Von dem wirtschaftlichen Wohlergehen der heimkehrenden Massen wird deren politische Stimmung abhängen. Möglich, daß in der ersten Zeit die Mehrzahl der zurückkehrenden Krieger froh sein wird, wieder in Ruhe und Sicherheit im Schoße ihrer Familie zu sitzen, möglich, daß viele, die draußen dauernd Gefahren bestanden und sich an eine Art Robinsonleben in der freien Natur gewöhnt haben, in der ersten Zeit sogar geneigt sein werden, auf ihre früheren Ansprüche an Komfort und Hygiene zu verzichten, möglich end-

lich, daß gerade diejenige Menschenklasse, auf deren Verlangen man sich heute bei allen möglichen politischen Reformen beruft, zunächst in unpolitischer Dumpfheit beharren wird. Aber das dürfte alles doch nur eine sehr kurze Zeitspanne dauern. Die Lebenssprüche werden bald wieder erwachen, und für ihre Erweckung wird schon das agitatorische Bedürfnis vieler Parteien sorgen. Wenn sich dann in diesem Augenblick des Erwachens die Millionen geschädigter Krieger mit Recht beklagen können, daß das Vaterland ihnen seinen Dank schuldig geblieben ist, so muß die Folge davon tiefgehende Erbitterung der Betroffenen und eine steigende Flut gehässiger Agitation gegen die herrschenden Gesellschaftsklassen sein. Wer mithin eine ruhige politische Weiterentwicklung des deutschen Volkes wünscht, der darf an die Lösung der Rentenfrage nicht mit fiskalischer Engbergigkeit herangehen. Er darf nicht gerade hier mit Geld sparen, wenn er nicht will, daß auf der anderen Seite um ein vielfaches teurer mit wertvollen Gütern gezahlt werden muß.

Bei den politischen Erwägungen der Rentenfrage darf außerdem aber auch der folgende Gedankengang nicht unterschätzt werden: Der Krieg, den wir so lange Jahre zu führen gezwungen sind, hatte vielleicht seine tiefste Ursache in der jahrzehntelangen völligen Teilnahelosigkeit der weiten Volkskreise gegenüber weltpolitischen Problemen. Wenn die Wichtigkeit einer kraftvollen Außenpolitik den breiten deutschen Volksmassen schon früher klar gewesen wäre, wenn sich das Volk in weiteren Schichten um die außenpolitischen Geschäfte gekümmert hätte, es wäre sicher vieles vermieden worden, was an seinem Teil schließlich am Kriege mit Schuld gewesen ist. Das deutsche Volk muß nach dem Kriege aus dieser bisherigen, weltpolitischen Enge heraus. In unserem politischen Denken müssen die Fragen der Außenpolitik eine ganz andere Rolle spielen als bisher. Eine kraftvolle äußere Politik ist aber nur dann zu treiben, wenn sie sich auf die breiten Massen des Volkes stützen kann. Die Führung der auswärtigen Geschäfte darf nicht durch innerpolitische Schwierigkeiten gehemmt werden. Man muß daher auf politischem Gebiete den Modernisierungsbestrebungen so weit wie möglich entgegenkommen. Und man muß deshalb erst recht alles aus der Welt schaffen, was aus materieller Not innerpolitische Schwierigkeiten zu schaffen oder zu vergrößern vermag. Auch schon aus diesem Grunde bedarf es einer großzügigen und vernünftigen Regelung der Rentenfrage.

In erster Linie kann der bisherige Grundsatz, lediglich nach dem Dienstgrad Pension und Kriegszulage zu bezahlen, nicht beibehalten werden. Der Reichstag hat ja bereits im Prinzip sehr vernünftiger Weise beschlossen, daß bei der Bemessung der Höhe

\*) Siehe „Blutes“ S. 79, 93, 103, 129 u. 143 ff.

der Renten oder der Abfindung, neben dem Dienstgrad auch die soziale Stellung und das zivile Einkommen der Gefallenen und der Verletzten zu berücksichtigen ist. Dieser Grundsatz wird insbesondere eine sehr große Rolle bei der Hinterbliebenenversorgung spielen. Auch in früheren Kriegen war an den Kampfhandlungen und mithin auch an den Lebensopfern des Krieges die Landwehr älterer Jahrgänge beteiligt. Aber zu den vielen neuen Erscheinungen des letzten Krieges gehörte die besonders umfangreiche Einsetzung der Landsturmpflichtigen aller Lebensalter. Ihren Tod auf den Schlachtfeldern fanden daher viele Soldaten, die als bessere Angestellte, als Künstler, Gelehrte, Fabrikdirektoren usw. ein sehr erhebliches Zivileinkommen bezogen. Manche dieser Leute dürften bereits in der Lage gewesen sein, durch Kapitalrücklagen der verschiedensten Art für ihre Familie zu sorgen. Eine viel größere Zahl von Familien aber war lediglich auf das Einkommen ihres Ernährers angewiesen. Der Tod des Familienhauptes hat diese Familien daher vollkommen aus ihrer sozialen Position herausgestürzt, und die durch den Krieg sowieso geförderte Proletarisierung breiter Kreise würde noch in erheblichem Maße verstärkt werden, wenn nun jene Familien lediglich den länglichen Ehrensold der Militärcharge ihres gefallenen Ernährers erhalten könnten. Daß hier der Staat selbst bei allem Bemühen nicht im vollen Umfange einspringen kann, ist klar. Und deshalb sind die vielen, vielen Millionen freiwilliger Gaben, die in die Nationalstiftung für die im Kriege Gefallenen und in die Ludendorff-Stiftung für Kriegsverletzte geflossen sind, von großem Segen. Denn wann diese Stiftungen so vernünftig verwaltet werden, wie es ihren Begründern vorschwebte, so werden sie die Staatsfürsorge, die bei aller Weitherzigkeit doch immer bis zu einem gewissen Grade schematisch gehandhabt werden muß, durch die Möglichkeit des individuellen Ausbaues in der materiellen Verteilung ergänzen können. Aber insoweit schon im schematischen Rahmen vernünftige Grundsätze verfolgt werden können, wird es zu den Aufgaben des Staates gehören, die Hinterbliebenen-Fürsorge besser auszugestalten, als das früher der Fall war.

Dadurch werden natürlich die Lasten aus dieser Verjorgung erheblich wachsen. Aber auf der anderen Seite wird es doch auch wieder, ebenfalls durch die Befolgung vernünftiger Grundsätze, möglich sein, insbesondere bei der Kriegsverletzten-Fürsorge einen gewissen Ausgleich zu schaffen. So sehr bei der Regelung all dieser Fragen politische Klugheit und Warmherzigkeit Hand in Hand gehen müssen, so ist es doch auf der anderen Seite auch Pflicht, sich von jeder Sentimentalität fern zu halten. Oberster Grundsatz der Kriegsverletzten-Fürsorge muß sein: Wer im Dienste des Vaterlandes an seiner Erwerbsfähigkeit geschädigt wurde, dem muß diese Minderung reichlich abgegolten werden. Aber unter keinen Umständen darf die Tatsache der Verwundung und Verletzung an und für sich die Forderung auf dauerndes Staatsrentnertum begründen. Die Kriegsverletzten-

Fürsorge ist diesmal nicht nur eine moralische und ethische Forderung, sondern sie ist vor allem eine volkswirtschaftliche Frage von sehr erheblicher Tragweite. Schon der starke Abgang an Gefallenen wird für die volkswirtschaftliche Erzeugungskraft Deutschlands eine nicht unwesentliche Schwächung bedeuten. Wenn man zu diesem Abgang nun ohne weiteres noch den erheblichsten Teil der Kriegsverletzten rechnen müßte, so würde sich ein Mangel an Arbeitskräften ergeben, der die Leistungsfähigkeit von Deutschlands Industrie und Landwirtschaft auf das bedenklichste schwächen und damit die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands gegenüber dem Auslande aufs Schwerste schädigen müßte. Mit Recht hat man deshalb schon während des Krieges reichliche Mittel in den Dienst jener Bewegungen gestellt, die darauf abzielen, die Kriegsverletzten wieder so schnell wie möglich in den Dienst der deutschen Volkswirtschaft zurückzubringen. Die Fortschritte unserer medizinischen Wissenschaft ermöglichen die Anwendung von Hilfsmethoden, die früher nicht bekannt waren, und die technische Verbesserung in der Herstellung künstlicher Gliedmaßen hat es zuwege gebracht, daß Leute, die früher dauernd auch im volkswirtschaftlichen Sinne Krüppel blieben, selbst einer angestregten und dauernden beruflichen Tätigkeit zurückgewonnen werden können. Wer auf diesem Wege voll erwerbsfähig gemacht werden kann, darf nach meiner Auffassung überhaupt keinen Anspruch auf Unterstützung mehr gewinnen, abgesehen vielleicht von vorübergehenden Zuschüssen, die bei zeitweiliger Aussetzung der Arbeitskraft bis zur völligen Wiederherstellung zu gewähren sind. Andererseits werden auf die gleiche Weise sehr viele Männer in eine höhere Stufe der Arbeitsfähigkeit gebracht werden können, als es bei der Natur ihrer Verletzungen nach früheren Kriegen möglich gewesen ist. Ihnen wird nur diejenige Rente zuzubilligen sein, die eben der wirklichen nach Aufwendung aller medizinischen und technischen Hilfsmittel verbleibenden Arbeitsminderung entspricht.

Wenn man von diesen Gesichtspunkten aus an die Berechnung der Renten herangeht, so wird man vielleicht zu folgendem Ergebnis gelangen können: Die Zahl der Toten wollen wir auf  $1\frac{1}{2}$  Millionen veranschlagen (amtliche Veröffentlichungen darüber sind nicht erfolgt; es handelt sich also hier lediglich um eine durchaus persönliche Schätzung, die vielleicht etwas übertreibt, bei der aber berücksichtigt werden muß, daß im Augenblick das Ende des Krieges noch nicht mit Sicherheit vorausgesagt werden kann). Unter den Toten befindet sich eine nicht unerhebliche Zahl junger Leute, deren Tod irgendwelche Unterstützungspflicht des Staates nicht begründet. Die Zahl der unterstützungspflichtigen Todesfälle möchte ich auf etwa eine Million veranschlagen. Dazu will ich noch eine weitere Million solcher Kriegsverletzten rechnen, die auf dauernde Unterstützung Anspruch machen können, und ich will als Durchschnitt der Einzelunterstützung die Summe von 1000 Mk. annehmen, was eher zu niedrig als zu hoch gerechnet wird, wenn wirklich vernünftige Grundsätze zur Anwendung

gelangen. Daraus ergibt sich dann, daß zu Anfang mindestens 2 Milliarden *M.* jährlich an Entschädigungen von Seiten des Reiches zu leisten sein werden. Diese Anfangssumme wird sich, wie ich vermute, ziemlich schnell ermäßigen. Die Hineinziehung der älteren Landsturmpflichtigen in den Krieg wird zur Folge haben, daß viele Verletzten bei Beginn der Renten bereits in höherem Lebensalter stehen, so daß man mit einem nicht unerheblichen Abgang durch Sterblichkeit zu rechnen haben wird. Auf der anderen Seite ist gerade bei der Hinterbliebenenunterstützung zu erwägen, daß die Zahl der Kriegstraunungen junger Leute in diesem Kriege sehr stark war, so daß mit der Versorgung vieler junger Waisen und unverhältnismäßig vieler Witwen gerechnet werden muß. Auf der anderen Seite tritt aber als ausgleichendes Element dem gegenüber, daß durch die große Zahl der Kriegstraunungen junger Leute trotz der nach dem Kriege zweifellos verminderten Heiratschance viele Witwen nach verhältnismäßig kurzer Zeit schon eine neue Ehe eingehen und damit die Landesunterstützung verlieren. Damit kann trotz der verschlechterten Heiratschance schon gerechnet werden, weil erfahrungsgemäß Witwen bei gleicher Chance sich eher verheiraten wie unverheiratete Mädchen. Wenn das Reich also in jedem Jahresetat die tatsächlich für die Versorgung notwendigen Summen einstellen wollte, so würde mindestens von Jahrfünft zu Jahrfünft sich die Ursprungssumme von 2 Milliarden *M.* erheblich ermäßigen.

Ob der Staat nun diesen Weg gehen oder einen kapitalisierten Fundus schaffen will, ist Sache besonderer Erwägung. Für unsere Berechnung scheint es praktisch, die Rentensumme zu kapitalisieren, weil wir ja die Gesamtlast in einer Summe herausrechnen wollen. Um zu dieser Summe zu gelangen, tun wir am besten, den Betrag der jährlichen Rentenleistung

mit 5% zu kapitalisieren. Die Kapitalisierung mit 5% ist vielleicht etwas zu hoch, aber wir können einen Ausgleich dadurch schaffen, daß wir die zu kapitalisierende Summe etwas höher ansetzen. Diese Summe ist anfangs, wie gesagt, 2 Milliarden. Sie wird sich von Jahrfünft zu Jahrfünft nicht unwesentlich ermäßigen und sich in etwa 50 Jahren auf einen kleinen Restbetrag reduziert haben. Man wird also vielleicht nicht allzu falsch rechnen, wenn man einen Durchschnitt von jährlich etwa  $1\frac{1}{4}$  Milliarden der Kapitalisation zu 5% zu Grunde legt. Es ergibt sich dann eine Belastung des Reiches für die Zwecke der Versorgung der Hinterbliebenen und Verletzten mit 25 Milliarden.

Auf diese Weise ergibt sich unter Berücksichtigung des oben Angeführten die folgende Berechnung der gesamten Kriegslasten:

Kosten der Mobilmachung . . . . .	1 000 Mill.
Rein militärische Kriegsführungskosten . . . . .	116 000 „
Kriegskosten aus der Volksernährung und ähnlichem . . . . .	10 000 „
Entschädigung an die Bewohner der zerstörten Landessteile . . . . .	5 000 „
Wiederherstellung von Heer und Flotte . . . . .	6 000 „
Invaliden- und Hinterbliebenenrente . . . . .	25 000 „
Summa: 163 000 Mill.	

Diese Summe von 163 000 Millionen stellt also die gesamte Kriegslast unter der Voraussetzung dar, daß wir mit dem Ende des Krieges gegen Schluß dieses Jahres rechnen dürfen. Und diese Summe müssen wir auch zur Grundlage für Berechnungen über den Umfang der künftigen Reichsfinanzreform nehmen.

G. B.

(Weitere Artikel folgen).

## Deutscher Bank-Kalender 1918 (I. Quartal).

Von Dr. Josef Loewe.

- |   |  |
|---|--|
| <p>1. Jan. Die Bayerische Handelsbank übernimmt die Firmen Carl Blatner &amp; Co. in Alt- und Neuötting, D. Lehrberger und Max Schloß in Augsburg, Max Schloß in Ingolstadt, Max Zink in Kruntbach, Salo Rohn &amp; Co. in Neu-Ulm und Straubing unter Beibehaltung der Inhaber und des Personals.</p> <p>1. „ Das Gebäude der Anglo-South-American Bank zu Hamburg geht auf die Deutsch-Südamerikanische Bank über, die darin eine Filiale errichtet.</p> <p>1. „ Die Rheinische Creditbank übernimmt die seit 40 Jahren bestehende Firma Leo, Roesle &amp; Konforten und errichtet eine Filiale in Singen.</p> <p>1. „ Bankier Alwin Hilger-Duisburg tritt in die Direktion der Dresdner Bank, Düsseldorf, ohne seine Stellung in der</p> | <p>Leitung der Firma Alwin Hilger G. m. b. H. zu Duisburg niederzulegen.</p> <p>1. „ Anstelle des zum Oberbürgermeister von Leipzig ernannten Oberjustizrats Dr. R. Rothe wird Dr. Wilhelm Just von der Leipziger Immobiliengesellschaft Vorstand der Leipziger Hypothekbank.</p> <p>1. „ Der frühere Repräsentant der Firma Gebr. Arnhold, Paul Salomon, und Dr. Ludwig Landau werden anstelle des verstorbenen Bankiers Hans Falk Teilhaber der Firma Braun &amp; Co., Berlin.</p> <p>2. „ Die Commerz- und Diskontobank übernimmt größere Posten Aktien des Chemnitzer Bankvereins und der Löbauer Bank und schließt mit beiden eine Interessengemeinschaft.</p> <p>7. „ Kommerzienrat Albert Pinkuß in Firma</p> |
|---|--|

- Jacquier & Securius, Berlin, gestorben.
7. „ Direktor Paul Herrmann der Deutschen Bank gestorben.
8. „ Anstelle von Direktor Otto Friedrich tritt Direktor Max Schmidt in den Vorstand der Berliner Baubank A. = G.
10. „ Eine Schiffshypothekenbank in Berlin wird vorbereitet.
14. „ Die Firma Arthur Bohne, Berlin, wird begründet.
16. „ Die Metallbank und Metallurgische Gesellschaft A. = G., Frankfurt a. M., beschließt die Erhöhung ihres Kapitals von 40 auf 50 Mill. M. durchzuführen.
23. „ Die Hypothekenschuldbank für Ostpreußen A. = G. zu Königsberg i. Pr. mit 1 Mill. M. Kapital wird begründet.
26. „ Die Diskontogesellschaft errichtet Filialen in Bochum und Dortmund.
27. „ Die Darmstädter Bank errichtet Filialen in Dortmund und Duisburg.
30. „ Die Deutsche Schiffskreditbank, Duisburg und Nürnberg, wird mit 7 Mill. Mark Kapital begründet.
30. „ Die Liquidation des englischen und französischen Aktienbesitzes der Süddeutschen Diskontogesellschaft A. = G. wird angeordnet.
1. Febr. Eine Kreditanstalt für Landesabbau in Polen wird mit 20 Mill. M. Kapital begründet.
9. „ Die Süddeutsche Diskontogesellschaft übernimmt das Bankhaus Castell in Offenburg, mit dessen Leitung der Inhaber Josef Castell weiter betraut bleibt.
9. „ An Stelle von Max Droese wird Regierungsrat a. D. Lothar Zellmer Vorstand der Hypothekenschuldbank für Brandenburg und Groß-Berlin, A. = G.
13. „ Die Aktienmajorität der Barmer Creditbank geht zum Zwecke des Abschlusses einer Interessengemeinschaft auf die Rheinische Handelsgesellschaft, Düsseldorf, über; erstere erhöht das Kapital um 0,3 auf 2,1 Mill. M.
23. „ Die Bank Związek Spolek Jarobkowych, Posen, beabsichtigt eine weitere Kapitalerhöhung.
25. „ Die Deutsche Schiffsbekleidungsbank A. = G. in Hamburg mit 10 Mill. M. Kapital wird begründet; den Vorstand bilden die Direktoren W. Grünhage, Dr. C. Linde, P. Strumberg.
1. März Von Rubenow Schröder und Felix Matthes wird die Firma Schröder & Co. Treuhandgesellschaft, Berlin, begründet.
5. „ Geh. Kommerzien-Rat Ludwig W. Steiner, Direktor der Mecklenburgischen Bank, gestorben.
7. „ Der A. Schaaffhausen'sche Bankverein A. = G. übernimmt die Emmricher Creditbank A. = G.
7. „ In Halle a. S. wird die Hypothekenschuldbank für Sachsen-Anhalt A. = G. mit 1 Mill. M. Kapital begründet.
8. „ Die Nachener Bank für Handel und Industrie erhöht ihr Kapital um 1½ auf 6 Mill. M.
8. „ Die Herren Louis Michels und Arthur Fabian begründen unter kommanditorischer Beteiligung eines süddeutschen Bankhauses die Firma Michels, Fabian & Co., Berlin.
8. „ Die Firmen Alexander Loewenherz Nachf. und Wilhelm Engels & Co. scheiden als Kommanditisten der Firma Laband, Stichel & Co., Berlin, aus.
9. „ Die Commerz- und Diskontobank übernimmt die Firma Sal. L. Cohn, Lübeck.
12. „ Die Vereinsbank in Hamburg übernimmt die Vereinsbank in Kiel, auf 2400 M. Aktien, dieser entfallen 1500 M. Aktien jener.
12. „ Dr. jur. Alfred Platz wird Direktor der Deutschen Personalkreditbank A. = G.
13. „ Die Treuhandbank für Sachsen A. = G. erhöht ihr Kapital um ¼ auf ¾ Mill. M.
13. „ Die Rheinisch-Westfälische Bank für Grundbesitz setzt ihr Kapital um 0,45 auf 2,55 Mill. M. herab.
18. „ Die Dresdner Bank erhöht ihr Kapital um 1⅓ auf 3½ Mill. M.
26. „ Die Firma G. Bleichröder, Berlin, beteiligt sich kommanditorisch an der 1871 begründeten Firma H. Aushäuser, München.
27. „ Die Hypothekenschuldbank für Köln A. = G. wird begründet.
29. „ Kaiserl. Regierungs-Rat Dr. Eduard Frh. v. d. Heydt wird Komplementar des Barmer Bankvereins Hinzberg Fischer & Comp.
30. „ Die Firma Leopold Salinger, Berlin, geht ein.
30. „ Die Firma A. Helfft & Co., Berlin, begehrt ihr 125jähriges Bestehen.

# Revue der Presse.

Wenn man einem dänischen Konsulatsbericht aus Newyork Glauben schenken darf, so hat die aktive Teilnahme der amerikanischen Union dem Lande keineswegs genügt, soweit der durch den Krieg bis Ende 1917 zweifellos hervorgerufene außerwöhnliche finanzielle Wohlstand in Frage kommt.

## Amerikas wirtschaftlicher Aufschwung im Kriege

ist, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ (16. Mai) zufolge, in der Vergleichszeit 1913—1917 ganz ungeheuerlich groß gewesen. Die Ausfuhr stieg (in Millionen Dollar) von 2434 auf 6127, die Einfuhr von 1792 auf 2950, so daß eine Ausfuhr-Überschuß-Spannung von 692:3177 resultiert. Nur das Jahr 1914 brachte eine vorübergehende Minderung. Diese gewaltsame Steigerung aller Werte läßt allerdings die Ausfuhr größer erscheinen, als sie es wirklich ist. Das bezugene auch folgende Preissteigerungen: Baumwolle 1916: 11¼ c für das Pfund, 1917: 31¼ c; Stahl 1916: 32 \$ die Tonne, 1917: 100 \$; Weizen 1916: 1,19 \$ für den Bushel, Mai 1917: 3,50 \$. Inzwischen hat die Regierung Höchstpreise festgelegt. (Weizenernte 1917: 2,20 \$, 1918: 2 \$.) Wichtig erscheinen uns einige Bemerkungen in dem erwähnten Berichte, wonach u. a. Amerika, als es noch neutral war, auf dem besten Wege war, das leitende Finanzland der Erde zu werden. Weiterhin heißt es wörtlich: „Die gewaltigen Ausfuhr nach Europa haben den Vereinigten Staaten einen so großen Zufluß an Gold eingebracht, daß Washington nun allein über den dritten Teil des gesamten Goldvorrats der Welt verfügt. Hinzu kam das Zurückfließen der amerikanischen Wertpapiere aus europäischen Ländern nach der Union und die dadurch ersparte Versendung von Dividenden- und Zinsbeträgen nach Europa in Verbindung mit der Tatsache, daß Europa seine finanziellen Hilfsmittel in Amerika suchen mußte. Gleichzeitig versiegte auch der Strom von Gold, den amerikanische Reisende in Friedenszeiten nach Europa brachten, ein Umstand, der in der gleichen Richtung wirkte.“ — Dasselbe Blatt (24. Mai) veröffentlicht unter dem Titel:

## Das finanzielle Chaos in Rußland

einen Alarmbericht der „Prawda“, der um so bemerkenswerter ist, als seit dem 5. November 1917 ein Reichsbankausweis in Rußland nicht mehr kundgegeben wird. Die durchschnittlichen Tagesausgaben (in Millionen Rubel) haben danach vom Juli bis zum Dezember eine Steigung von 34,5 auf 72,5 erfahren (im Oktober sogar 77). Am 1. Januar 1918 betrug der Notenumlauf 24 Milliarden Rubel (!). Da bei Kriegsbeginn an Papierrubeln nur 1633 Mill. Rubel vorhanden waren, ist mithin zur Jahreswende 1918 ein Anwachsen auf das Fünfzehnfache zu konstatieren. Nach dem letzten Reichsbank-Ausweis standen 18917 Millionen Rubelnoten an, zu denen von Ende Oktober v. J. bis Mitte April d. J. etwa 11 Milliarden hinzukommen. Demgemäß muß jetzt

schon mit einem Notenumlauf von rund 30 Milliarden gerechnet werden, heute vielleicht schon 31—32 Milliarden. Beim halbjährigen Jubiläum der Sowjet-Regierung wird man schließlich mit einer Verdoppelung des Papiergeldes zu rechnen haben. Unter diesen Umständen müssen Preise von 200 Rub. für das Pud Mehl und 30 Rub. für das Pud Kartoffeln noch als billig angesehen werden. Man erblickt aber in diesem rapiden Anwachsen des Notenumlaufes nicht ohne Grund einen völligen finanziellen Zusammenbruch und die Unmöglichkeit, einen Abbau der Verpflichtungen in absehbarer Zeit durch normale wirtschaftliche und politische Maßnahmen zu erreichen. — Auf einen Aufsatz „Weltentwende“ des Herausgebers des „Plutus“ in der „Wossischen Zeitung“ (22. April d. J.) Bezug nehmend, bringt Georg Maschke, der Vorsitzende des Deutsch-Brasilianischen Handelsverbandes, in der „Wossischen Zeitung“ (28. Mai) Vorschläge für

## Gegenmaßnahmen gegen den Rohstoff-Boycott Englands und Amerikas

zur Erörterung. An Hand einer interessanten Gegenüberstellung von Ein- und Ausfuhr im Jahre 1913, die die allerdings nicht allzu übermäßigen Ausfälle bei dem angedrohten Handelskrieg in Rechnung stellt; wirft der Verfasser die Frage auf, auf welche zweckmäßige Weise diese Ausfälle gedeckt werden könnten. Nach einem Hinweis auf die unbedingt nötige Erhaltung der Eintracht unseres Volkes und Klarstellung der Ziele Englands und Amerikas, empfiehlt er unter allen Umständen die Einigung mit Rußland auf einer gesunden Basis. Wirtschaftlich müßte unsere Produktion auf das höchste Maß gebracht werden. Freiwerdende Arbeitskräfte müssen zweckmäßig den einzelnen wichtigen Betrieben zugeführt werden. Dann aber müssen wir uns mit den sog. Randstaaten gut stehen und sie entsprechend versorgen, um auch hier die Produktion zu heben. Viel erhofft der Verfasser an Reichtum und Gesundung unserer Valuta von der sog. Strohausschließung. Von den notorisch einkommenden 53 Mill. t Stroh könnten, ohne den geringsten Schaden für die Landwirtschaft, etwa 20 Mill. t in Kraftstroh (= Futterwert von 40 Mill. t Kartoffeln) umgewandelt werden. Baumwolle und Wolle werden allerdings in der nächsten Zeit sehr knapp werden, aber es wird uns gelingen, mit unseren Ersatzstoffen auszukommen. Das Wichtige sei eben, daß bei der Rechnung Englands und Amerikas, Europa vom Weltrohstoffmarkt auszuschließen, einige Kalkulationsfehler übersehen werden, wie ja auch der gewiegteste Räuber immer noch einen unscheinbaren Rechenfehler zu begehen pflegt. Man hütet sich natürlich, den Feind darauf aufmerksam zu machen, aber eins kann hier mit aller zwingenden Logik doch klargestellt werden: Da unsere Feinde gar nicht imstande sind, ihre eigenen Erzeugnisse und die der Kolonien zu verarbeiten und ab-

zulegen, so muß folgerichtig ein solches Chaos in deren Finanzwirtschaft entstehen, daß sie schon aus diesem Grunde gezwungen sein werden, den Krieg zu beenden. Hoffentlich! — Ueber

### die Rohstoff-Frage

findet sich auch eine bemerkenswerte Auslassung des Vorsitzenden des Deutschen Eisengroßhandels-Verbandes, Friß Lob, in der „Vossischen Zeitung“ (31. Mai). In scharfsinniger Begründung führt er aus, daß eine etwaige Angst vor dem Rohstoff-Bojkott der jetzt feindlichen Länder keineswegs haltbar ist. Man könne zugeben, daß nach Friedensschluß die allgemeine Erbitterung der Feinde gegen Deutschland geraume Zeit nachzittern wird; aber es sei auch sicher, daß alle bisher kriegsführenden Länder den größten Wert darauf legen werden, ihre Friedenswirtschaft sobald wie möglich wieder in Gang zu bringen. Sie sind daher auf den Warenaustausch angewiesen. Selbst wenn die anderen Länder Ausfuhrverbote erlassen, so werden wir das Gleiche tun. Solche Gegenstände scheiden also aus. Es kommt daher für den internationalen Warenaustausch nur der Ueberschuß der eigenen Landesproduktion in Frage, und hierbei muß es bezweifelt werden, ob die Ententeländer diesen Ueberschuß auch wirklich gegenseitig aufnehmen können, ganz abgesehen davon, daß eine solche Beschränkung des Warenaustausches die jetzt neutralen Länder ausschließen würde, was undurchführbar erscheint. Dabei spielt nach dem Kriege auch die Preisfrage eine besonders wichtige Rolle. Wenn unter den Ententegenossen etwa Vorzugsbedingungen angenommen werden sollten, so würde das nur dann Erfolg haben, wenn der ganze Ueberschuß innerhalb des Kreises der Ententegenossen restlos aufgenommen werden kann. Eine solche Bewirtschaftung aber würde der Erzeuger solcher Waren im Ausfuhrlande zu seinem Schaden nicht ruhig hinnehmen. Außerdem liegt die Möglichkeit vor, daß die Mittelmächte infolge günstigerer Verwertung der Rohstoffe aus dem jetzigen feindlichen Auslande einen höheren Preis zahlen können, wodurch die Waren nach den Mittelmächten zu drängen würden. Natürlich muß auf die Sicherung vor einem wirtschaftlichen Joche unserer Gegner in den Friedensverträgen der größte Wert gelegt werden, wie denn Deutschland einem Handelskriege nicht wehrlos gegenüberstehen darf. Man beachte, daß auch Deutschland gewisse Waren (Kali, Kohle, Eisen) erzeugt, auf die die anderen Länder nicht ohne weiteres verzichten können. Man muß fordern, daß bei den Wirtschaftsfragen des Friedensvertrages Männer der Praxis mitwirken, was leider bei dem Abschlusse mit der Ukraine verfaumt zu sein scheint. — Es wird neuerdings von Aktionären, so auch in der Generalversammlung der Maschinenfabrik Göttingen A.-G., über die das „Berliner Tageblatt“ (15. Mai) berichtet, die Frage aufgeworfen, ob

### übermäßig hohe Rückstellungen

nicht grundsätzlich das Aktionärinteresse schädigen. Die Gesellschaft schlug nach dem dividendenlosen Jahre 1914 und nach einer Steigerung von 5 und 10% in den Jahren 1915 und 1916 der Generalver-

sammlung eine Dividende von 12½% auf das 6 Mill. Mark betragende Aktienkapital vor, wobei neben 1,5 Mill. M. Abschreibungen auf Anlagen nach Vorschlag der Verwaltung 4,2 Mill. M. zu Sonderrückstellungen verwendet werden sollen. Damit war eine Aktionärgruppe aber durchaus nicht zufrieden, wie der folgende Bericht ergibt. (Man beachte die Begründung): „Die opponierenden Aktionäre sahen darin, daß bei Abschreibungen und Rücklagen von insgesamt 5,7 Mill. M. nur 750 000 M. Dividende an die Aktionäre gezahlt werden sollten, ein Mißverhältnis auf 17½%. Die Verwaltung widersprach in außerordentlich scharfer Weise diesen Aktionär-Anträgen. Sie bemerkte zur Begründung ihrer Vorschläge, daß die Preise, die die Heeresverwaltung den für sie beschäftigten Fabriken gewähre, abgesehen von einer maßvollen Entschädigung an die Aktionäre für die außerordentliche Heranziehung der Gesellschaftswerke zu Kriegszwecken (d. h. abgesehen von einer maßvollen Dividendenerhöhung), nur noch verwandt werden dürften zur Deckung der durch den Krieg und die jetzige Herstellungsweise bedingten besonderen Gefahren und Verluste sowie zur Schaffung der für die Ueberführung der Betriebe in die Friedenswirtschaft notwendigen Mittel. Sollte der Antrag der Aktionäre, der über eine maßvolle Erhöhung der Dividende hinausgehe, angenommen werden, so würde höchstwahrscheinlich die Folge eintreten, daß die Heeresverwaltung die Preise für die Erzeugnisse des Unternehmens herabsetzen werde. Die Verwaltung würde sogar, im Hinblick auf die von der Heeresverwaltung aufgestellten Leitsätze in Erwägung müssen, ob sie nicht die Verpflichtung habe, der Heeresverwaltung eine Herabsetzung der Preise nicht nur für die künftigen, sondern auch für die zurzeit in Arbeit befindlichen Lieferungen anheim zu geben.“ Nach der Ansicht des „B. T.“ kommt es hierbei lediglich darauf an, welche Gewinne ein Unternehmen insgesamt erzielt, nicht auf die Dividende und auf die Verwendung zu Abschreibungen und Rücklagen, vorausgesetzt, daß die Behauptung, daß „besonders hohe Rückstellungen und Abschreibungen von den amtlichen Stellen nicht beanstandet würden, sondern nur übermäßige Dividenden“ überhaupt zutrifft. Würden die Rücklagen übrigens zu hoch dotiert, ohne unangemessene Erhöhung der Dividenden, so liege genau so eine Benachteiligung des Staates durch zu hohe Gewinne vor, als wenn im umgekehrten Falle die Dividenden unangemessen erhöht würden, während die Rücklagen normal blieben. Schließlich käme auch das Kriegswucherstrafrecht, zumal nach der neuen Verordnung § 3, aus rein juristischen Gründen hierbei gar nicht in Frage. — Eine grundlegende Entscheidung über die

### Haftung aus verfälschten Schecks

hat nach der „Frankfurter Zeitung“ (15. Mai) das Reichsgericht getroffen. Im Verhältnis zwischen Aussteller und Bezogenen hat den Schaden, der durch Fälschung oder Verfälschung eines Schecks entsteht, prinzipiell der Bezogene (also die Bank) zu

tragen. Doch hat der Aussteller im Scheckverkehr immerhin die Sorgfalt zu beobachten, die nötig ist, um mit dem Mißbrauche von Scheckbordrücken verbundene Schädigungen nach Möglichkeit auszuschließen. (Entsch. des Reichsger. vom 16. Jan. 1918 in Bd. 92, S. 50.) — Der Reichsbankausweis der dritten Aprilwoche ist, wie die „Frankfurter Zeitung“ (29. Mai) unter dem Titel:

#### Zum Silberbestand der Reichsbank

ausführt, einem englischen Kritiker zu Kopfe gestiegen. Er spintifert darüber, wieso es komme, daß am 23. April der Silberbestand mit rund 120 Mill. ausgewiesen ist, während er in der Parallelwoche von 1917 rund 17 Mill. betrug. Dafür findet er eine „politische“ Erklärung und spricht von einem „Rehrüch aus dem unglücklichen Belgien“ und der „ersten Frucht aus Rußland“. Beides ist völlig oberflächlich und vor allem irrtümlich. Selbst die weitere Annahme, daß aus der Sammlung von Silbergeschirr Einschmelzungen vorgenommen sind, ist unhaltbar. Weder aus Belgien noch aus Rußland haben wir Silber empfangen. Der Silberankauf selbst wird keineswegs forziert und sein Ergebnis ist ohnehin gering. Nach § 17 des Bankgesetzes kann neben Gold nur kursfähiges deutsches Geld als Notendeckung geführt werden, und deshalb werden auch heute noch Silberbarren nicht zum Metallbestand gerechnet. Man kann dem englischen Kritiker eine viel einfachere Erklärung geben. Bis Frühjahr 1917 hatte das Deutsche Reich nicht weniger als 1254 Mill. Silbermünzen netto ausgeprägt. Den im Kriege zeitweilig auftauchenden Thesaurirungsgelüsten unverständiger Silberhamsterer wurde sehr bald ein Riegel vorgehoben, der im wesentlichen in der Einziehung aller 2-M.-Stücke bestand, außerdem kam hinzu das Silberschmelzverbot und die Festsetzung eines Höchstpreises von 175 M. je Kilogramm. Schließlich bemühte sich das Schatzamt, zum Teil zur besseren Regelung des Geldumlaufs, einen Teil des in den Truhen vorhandenen Silbers zu sich zurückzuziehen. Namentlich der Aufruf der 2-M.-Stücke hat nun naturgemäß einen starken Rückstrom des Silbers zur Folge gehabt. (Am 31. Dezember 1917 wurde diese Münze ungültig). Es mußten nun aus dem auf 178 Mill. angeschwellenen Silberbestand der Reichsbank rund 70 Mill. ausgefondert und der Reichskasse zur Verfügung gestellt werden. Inzwischen hat sich der Bestand noch vermehrt. Merkwürdig ist dabei nur, daß einem englischen Finanzkritiker alle diese Tatsachen, die doch so eine klare Sprache reden, einfach entgangen sind.

## Omschau.

**Gründungsfleber für Fischdampfer-Reederelen.** Herr P. R. Singer-Hamburg schreibt mir: Für eine neue

Hochseefischerei, die ihren Sitz in Hamburg haben soll, wird wiederum in weiten Kreisen geworben. Eine neue Hamburger Firma, die sich als Reederei bezeichnet, ladet zur Partenzeichnung für die Errichtung der neuen Parten-

reederei ein, die einen vielversprechenden Titel führt. Unter allgemeiner Bezugnahme auf einen zu erwartenden gewaltigen Aufschwung der deutschen Hochseefischerei nach dem Kriege wird ein Gründungskapital von 5 Mill. Mark eingeworben, für das bereits eine Dividende von über 14½ % in grosszügiger Weise herausgerechnet wird. Nach dem Prospekt ist der Bau von 12 grossen Hochseefischdampfern in Aussicht genommen, und der Bau dieser Dampfer soll durch Vorverhandlungen mit einer nicht genannten Werft sichergestellt sein. Es wird auch als durchaus im „Bereich der Möglichkeit“ liegend bezeichnet, dass der Beginn des Baues noch während der Kriegszeit erfolgen kann. Der Bau der Dampfer soll in Regie erfolgen; bei welcher Werft, wird allerdings nicht verraten. Der Preis jeden Dampfers wird auf 600 000 M. berechnet. Es ist beabsichtigt, 35 bis 40 % der Baugelder bei einer Grossbank gegen 6 %ige Schiffshypotheken aufzunehmen. Die Grossbank wird nicht genannt. Die Einzahlung pro Parte ist auf 5000 M., verteilt auf 12 Schiffe, festgesetzt. Die erste Einzahlung von 2500 M. soll, bemerkenswerterweise, vor endgültiger Bestellung der Dampfer nach Aufforderung, voraussichtlich schon Anfang Juli erfolgen, die Einzahlung der restlichen Hälfte zu einem späteren, vom Korrespondentreeder (der werbenden Firma) festzusetzenden Zeitpunkt. Wenn in dem Prospekt behauptet wird, dass sich nach der beiliegenden Ertragsrechnung für eine Kapitalbeteiligung sehr lohnende Aussichten bieten, so muss man hierbei die Einschränkung machen, dass sich an solchen Unternehmungen, in denen in letzter Zeit geradezu eine Hochflut an der Wasserkante eingetreten ist, nicht Leute beteiligen sollten, die keine genaue Einsicht in die Führung des Unternehmens und in die gesamten zugrunde liegenden Verhältnisse haben. Kleinen Kapitalisten ist die Beteiligung an solchen Unternehmungen jedenfalls nicht zu empfehlen, wenn sie rubige Stunden haben wollen. Zu beachten ist auch noch, dass die gesetzliche Regelung der Partenreederei nach dem HGB für die Parteninhaber eine sehr weitgehende Bindung schafft, die gewöhnlich noch durch die Satzungen solcher Reedereien verschärft wird.

**Zentrale Förderung des bargeldlosen Verkehrs.** Herr Ernst Kahn-Frankfurt a. M. schreibt mir: „Zu den mannig-

fachen Schwächen unserer wirtschaftlichen Kriegführung im Vergleich zu England gehört auch der Unterschied im Notenumlauf. Das ist keineswegs nur ein Schönheitsfehler, sondern die Folgen spüren wir auch ganz fraglos im täglichen Leben an den teuren Preisen. Diese hängen unbestreitbar u. a. auch mit der Ueberfülle an Banknoten zusammen. Der hohe Notenumlauf aber wiederum ist hauptsächlich bedingt durch unsere veraltete Zahlungstechnik gegenüber den ausgezeichneten englischen Gebräuchen. In England werden alljährlich reichlich 250 Millionen Schecks ausgestellt, während es in Deutschland nicht mehr als 25 Mill. sein dürften, also nur der zehnte Teil, in einem Lande mit erheblich grösserer Bevölkerung! Allerdings kommen bei uns zu den Bankschecks noch die Postschecküberweisungen, die ja denselben Zweck verfolgen. Aber auch ihre Zahl dürfte im letzten Jahr kaum mehr als 25 Mill. betragen haben. Alle diese Tatsachen

hätten schon längst eine zielbewusste Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in Deutschland unbedingt zur Pflicht gemacht. Wohl ist in den letzten Jahren darüber unendlich viel geschrieben worden, aber streng genommen ist herzlich wenig geschehen, und gerade der Reichsbank kann der Vorwurf nicht erspart werden, dass sie die zentrale Organisation dieser Frage lange Zeit abgelehnt hat. Sie hat zwar da und dort kleine Mittelchen angewandt, aber durchgegriffen hat man nicht. Wie dieses Durchgreifen zu verstehen ist, wurde gerade im „Plutus“ wiederholt, u. a. auch von Rechtsanwält Dr. Trimbora, klargelegt. Aber man hat in dieser Frage dieselbe Erfahrung machen können, die man gar zu oft mit den Behörden machen muss. Die Behörden lehnen alle Vorschläge mit glänzenden Argumenten und einem Aufwand grossen Scharfsinns ab, bis sie selbst durch die Notwendigkeit gezwungen werden, ähnliche Vorschläge durchzuführen. Diese Erfahrung kann man jetzt wieder mit dem bargeldlosen Zahlungsverkehr machen. Wie aus den Tageszeitungen hervorging, hat in den letzten Wochen bei der Reichsbank eine Sitzung der einschlägigen Zentralbehörden stattgefunden, in der wieder einmal die Propaganda für den bargeldlosen Zahlungsverkehr beschlossen wurde. Auch scheint bei der Reichsbank selbst ein besonders eifriger Dezernent neuerdings am Werke zu sein, um in dieser Richtung alles zu tun, was in seiner Macht steht. Das ist ja an und für sich ein grosser Fortschritt; denn früher konnte man ähnliche Beobachtungen nicht machen. Indessen scheint es fast, als wenn auch jetzt wieder bei der Reichsbank die Sache nicht ganz richtig gemacht würde. Man hat nämlich dort offenbar die Absicht, die im Lande bestehenden örtlichen Organisationen für die Krieganleihepropaganda für den bargeldlosen Zahlungsverkehr zu interessieren. Dagegen lässt sich nichts sagen. Aber wer wird diesen Organisationen eindeutige Richtlinien geben? Wir fürchten, niemand. Denn diese Richtlinien fehlen ja noch, und um sie festzustellen, müsste die Reichsbank erst einmal mit den Interessenten, das sind Post, Sparkassen, Genossenschaften, Militärverwaltung, namentlich aber auch die Kreditbanken sich über ein Programm einigen, in dem eine Arbeitsteilung zu beschliessen wäre. Fraglos wäre eine solche Uebereinstimmung leicht zu erzielen; denn die Art der Arbeitsteilung liegt nicht nur sehr nahe, sondern ist auch

durchaus im Interesse aller Beteiligten. Sie wird im wesentlichen darauf hinauslaufen, dass man den Klein- und Mittelverkehr in der Hauptsache auf die Post abwälzt. Es wird Aufgabe einer solchen Besprechung sein, die Banken bei dieser Gelegenheit davon zu überzeugen, dass sie dabei nichts verlieren, im Gegenteil, dass für sie eine ausserordentliche Arbeitersparnis eintritt. Wenn man bei der Reichsbank glaubt, ohne solche klare Richtlinien auskommen zu können, so wird man draussen im Lande bei der Propaganda ähnliche Erfahrungen machen wie alle, die sich schon jetzt nicht auf die Arbeit am grünen Tisch beschränken, sondern in Versammlungen Aufklärung gaben, sie längst gemacht haben. Da konnte es denn passieren, dass ein Mitglied des Propagandaausschusses in einem Vortrag eifrig für den Postscheck eintritt und dass dann ein Zweiter auftrat und erklärte, das sei alles Unsinn, man müsse die Sparkassen mehr heranziehen, usw. Die Folge davon ist dann eine Verwirrung des Publikums statt einer Aufklärung. Wer Propaganda treiben will, der wird alles auf eine einfache Formel zu bringen haben. Diese einfache Formel aber muss, wie gesagt, erst in einer Konferenz der Beteiligten festgestellt werden. — Nach dem bisher gesagten wird ja letzten Endes die Propaganda in der Hauptsache dem Postscheckwesen zugute kommen. Dieses ist namentlich jetzt, wo die Portofreiheit für Sendungen an das Postscheckamt, die Gebührenfreiheit für Ueberweisungen und die Zulassung der Zahlkartenüberweisung eingeführt worden ist, so ausgezeichnet, dass jeder Kaufmann, aber auch jeder vermögende Private, der noch kein Postscheckkonto hat, sich selbst schadet. Tatsächlich ist auch seit Einführung dieser Neuerung die Zahl der Postscheckkonten wieder erfreulich in die Höhe gegangen. So scheint die Neuanmeldung im April grösser gewesen zu sein als je zuvor. Indessen sind wir noch ausserordentlich weit von jener Verfeinerung der Zahlungstechnik entfernt, wie sie England nach den einleitenden Worten besitzt. Erst wenn wir einmal eine Million Postscheckkonten haben, kann man mit den Verhältnissen zufrieden sein. Heute ist es knapp eine Viertelmillion. Warum ist aber jenes Ziel noch so weit entfernt? Nicht zuletzt deshalb, weil gerade die Post keine Ahnung hat, wie man Propaganda macht. Selbst wenn die Post sich entschliessen würde, hunderttausend Mark jährlich für Propaganda aus-

### Warenmarktpreise für April 1918.

	3.	10.	17.	24.	27.	
Weizen New York (Winter hard Nr. 2)	226	226	226	226	226	cts. per bushel
Mais Chicago	125 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	127 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>	127	127 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>	127 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>	cts. per bushel
Kupfer, standard London	110	110	110	110	110	£ per ton
Kupfer, electrolyt London	121—125	121—125	121—125	121—125	121—125	£ per ton
Zinn London	360	360	360	360	360	£ per ton
Zink London	50—54	50—54	50—54	50—54	50—54	£ per ton
Blei London	29 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> —30 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	29 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> —30 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	29 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> —30 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	29 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> —30 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	29 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> —30 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	£ per ton
Weissblech London	30	30	30	30	30	sh per ton
Silber London	45 <sup>5</sup> / <sub>8</sub>	45 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	47 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	49	49	d per Unze
Baumwolle loco New York	35,60	35,—	31,50	29,40	26,90	cts. per Pfd.
Baumwolle Liverpool	24,84	25,25	23,39	23,13	22,30	d per Pfd.
Schmalz Chicago	26,30	26,—	25,42	24,82	24,72	Doll. per 100 Pfd.
Petroleum New York	13,30	13,30	13,30	13,30	13,30	cts. per Gallone
Kaffee New York Rio Nr. 7	9 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	9 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	9	8 <sup>7</sup> / <sub>8</sub>	8 <sup>7</sup> / <sub>8</sub>	cts. per Pfd.

zugeben, so wäre das vom kaufmännischen Standpunkt eine gute Rechnung, wenn sie beispielsweise in gewissen Zeitabständen in den Zeitungen durch aufklärende Inserate das Publikum auf die Vorteile ihrer Einrichtungen aufmerksam machen würde. Aber das hat sie gar nicht nötig. Sie ist ja durch ihren wunderbar ausgebauten Apparat in der Lage, fast umsonst Propaganda zu machen. Ihr stehen sämtliche Einrichtungen der Post zur Verfügung. Sie könnte mit Anschlägen auf Millionen wirken, die Zeitungen würden vermutlich gern kurzgefasste Einsendungen umsonst aufnehmen, man könnte in den grösseren Postanstalten Auskunftsbureaus errichten, die Post könnte besonders geeignete Beamte dazu anhalten, Vorträge zu halten. Was aber tut die Post? Nichts, gar nichts. Sie überlässt es Idealisten und einzelnen Zeitungen, das Evangelium des Postschecks zu predigen. Ja sie geht sogar noch weiter: Sie unterrichtet noch nicht einmal ihre Kunden in genügender Weise von den verschiedenen Vorteilen des Postscheckverkehrs. Wir sind davon überzeugt, dass weit über die Hälfte der Besitzer eines Postscheckkontos die verschiedenen Einrichtungen, wie beispielsweise den Sammelscheck, Sammelüberweisungen, die Nachnahmezahlkarte, die Zahlkartenüberweisung, kostenlose Abbuchung usw. nicht kennt. Dabei wäre es doch ein Leichtes für die Post, in regelmässigen Abständen den Abrechnungen für die Kunden einen kurzen Zettel beizulegen, in dem jene Einrichtungen wieder ins Gedächtnis gerufen würden. Wenn aber der Post wirklich die Pflege des bargeldlosen Zahlungsverkehrs am Herzen liegt, so dürfte sie sich darauf nicht beschränken. Sie müsste ein weiteres tun. Sie müsste systematisch die bei ihr eingehenden Zahlkarten, die ja in Wahrheit häufig nicht dem bargeldlosen Zahlungsverkehr dienen, sondern ihm schaden, durcharbeiten lassen, um festzustellen, warum denn noch so unendlich viele Zahlkarten statt Ueberweisungen herausgeschrieben werden. Sie würde dann feststellen, welche Unmenge von grossen Firmen und selbst Banken heute noch Zahlkarten benutzen. Sie müsste sich dann mit den Betreffenden ins Benehmen setzen, nach den Gründen fragen, warum dort mit Bargeld und nicht bargeldlos gezahlt werde, usw. Bei geschickter Bearbeitung könnte hier gerade mit dieser Spezialarbeit mehr für die Verringerung unseres Notenumlaufs getan werden, als der Laie annehmen sollte. Die Hauptsache aber bleibt, dass endlich die Reichsbank sich dazu versteht, jene Konferenz abzuhalten, ohne die eine Propaganda im Lande nur Stückwerk bleiben muss. Wenn sie bei dieser Gelegenheit auch die in der Fachliteratur und namentlich auch im „Plus“ vorgebrachten Vorschläge wie Einheitsformular, Scheckzentrale, Erweiterung der Anmelde-möglichkeit des bestätigten Schecks und ähnliches prüfen würde, so wäre ihre Arbeit doppelt zu begrüssen. Aber lange sollte sich die Reichsbank nicht mehr sträuben, die Konferenz in der angedeuteten Weise abzuhalten. Dass die Konferenz letzten Endes doch abgehalten werden muss und wird, ist für die Sachverständigen nicht zweifelhaft.

## Gedanken über den Geldmarkt.

Die Kurse der Devisen der kriegführenden Länder haben im allgemeinen an den neutralen Börsen in der letzten Zeit keine erheblichen Aenderungen in der Bewertung aufzuweisen gehabt. Eine starke Steigerung hatte dagegen in Berlin die Devisen Amsterdam zu verzeichnen, die sprunghaft um mehrere Mark an verschiedenen Tagen anzog. Der Grund lag darin, dass die Reichsbank, die anscheinend grösseren Bedarf in holländischer Devisen hatte, mit dem Kurse, der sich weit über der Parität unserer Devisen in Holland bildet, nun doch endlich, um Material zu bekommen, sich zu einer Heraufsetzung entschliessen musste. Die militärischen Ereignisse haben diesmal irgendeine sichtbar in die Erscheinung tretende Wirkung nicht ausgeübt. An den ersten Tagen der neuen deutschen Offensive hatte die Markdevisen in Amsterdam eine nicht unwesentliche Besserung aufzuweisen gehabt, aber, wenn nicht schon die Tatsache, dass an den gleichen Tagen auch London und Paris dort anziehen konnten, es erwiesen hätte, dass hier andere Gründe als die Auswirkungen der Offensive zu der Steigerung Anlass gaben, so zeigte auch der trotz des weiteren und glänzenden Ausbaues unserer militärischen Erfolge zwei Tage später einsetzende Rückgang, dass man sich in Amsterdam nicht durch die Vorgänge in Soissons und bei Reims wesentlich beeinflussen liess. Mehr denn je wirken heute, wo die Handelsbilanz längst nicht mehr allein einen bestimmenden Einfluss auf die Gestaltung der Devisenkurse besitzt, psychologische Momente bei ihrer Festsetzung an den neutralen Börsen mit. Die deutschen Siege werden ja im neutralen Ausland durchaus nicht mit den Empfindungen aufgenommen, wie bei uns, und es knüpfen sich an sie vielfach ganz andere Schlussfolgerungen, als die es sind, zu denen wir kommen. Während uns das über alle hochgespannten Erwartungen hinaus gelungene Vordringen bis zur Marne die Gewähr dafür bedeutet, dass das Herannahen des Zeitpunktes beschleunigt wird, an dem der feindlichen Koalition die Nutzlosigkeit ihrer weiteren Versuche, eine für sie günstige militärische Entscheidung herbeizuführen, zum Bewusstsein kommen muss, fürchtet das neutrale Ausland, das heute noch z. T. Englands Erklärungen, unentwegt bis zum Endsiege auszuharren, ernst nimmt, dass die deutschen Siege, die diesen „Endsieg“ wieder einmal in nebelhafte Ferne rücken, eine Verlängerung des Krieges mit sich bringen. Diese Auffassung führt naturgemäss zu einem langsamen Abbröckeln der Devisen aller kriegführenden Länder an den neutralen Börsen, unbeschadet ihrer militärischen Stellung. Für die Holländer speziell kommt noch der Gesichtspunkt hinzu, dass die Prohibitiv-Massnahme der holländischen Regierung gegen die Einfuhr fremder Effekten möglicherweise nur der Anfang einer Kette von ähnlichen Massnahmen darstellen kann, die auf die Dauer den kriegführenden Staaten eine Möglichkeit nach der anderen, die Kurse ihrer Devisen in Amsterdam nachhaltig zu beeinflussen, aus der Hand windet. — Nicht ganz ohne Einfluss auf die Gestaltung der Markdevisen im Ausland wird übrigens in den letzten Wochen auch der Umstand gewesen sein, dass — jedenfalls im

# Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:<sup>1)</sup>

<b>Mittwoch,</b> 5. Juni	G.-V.: Neue Boden-Akt.-Ges., Ver. Kunstseidefabriken, Julius Pintsch Akt.-Ges., Bensberg-Gladbacher Bergwerks- und Hütten-Akt.-Ges. Berzelius, Magdeburger Bau- und Creditbank, Midgard Deutsche Seeverkehrs-Ges., Portland-Cementwerke Höxter-Godelheim.
<b>Donnerstag,</b> 6. Juni	Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — G.-V.: Bochumer Bergwerks-Akt.-Ges., Landbank, Süddeutsche Donau-Dampfschiffahrts-Ges., Franz Seiffert & Co. Akt.-Ges. — Schluss des Bezugsrechts neue Aktien Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft Dessau, Allgemeine deutsche Kleinbahn.
<b>Freitag,</b> 7. Juni	G.-V.: Zellstoffabrik Ragnit, Sprengstoffwerke Dr. Nahnsen, Simonius Cellulosefabrik, Gummiwerke Elbe Akt.-Ges., Mechanische Buntweberei Kolb & Schüle.
<b>Sonabend,</b> 8. Juni	Bankausweis New York. — G.-V.: Pommersche Eisengiesserei und Maschinenfabrik, Terrain-Ges. am Neuen Botanischen Garten, Meggener Walzwerke, Allgemeine Boden-Akt.-Ges., Bank für Brauindustrie, Erzgebirgische Dynamitfabrik.
<b>Montag,</b> 10. Juni	G.-V.: Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekbank, Harburger Eisen- und Bronzwerke, Akt.-Ges. für Gas und Elektrizität Cöln, Felten & Guillaume Carlswerk, Deutsche Gardinenfabrik Plauen, Brieger Stadtbrauerei, Comptoir Foncier Akt.-Ges. für Grundbesitz.
<b>Dienstag,</b> 11. Juni	Reichsbankausweis. — G.-V.: Martini & Hünecke Maschinenbau-Akt.-Ges., Petroleum-Raffinerie vorm. Aug. Korff Bremen.
<b>Mittwoch,</b> 12. Juni	G.-V.: Westliche Boden-Akt.-Ges. in Lig., Rawack & Grünfeld Akt.-Ges., C. D. Magirus Akt.-Ges., Westdeutsche Sprengstoffwerke Dortmund.
<b>Donnerstag,</b> 13. Juni	Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — G.-V.: Handelsbank in Lodz, Union Bau-Ges. auf Aktien.
<b>Freitag,</b> 14. Juni	G.-V.: Neue Photographische Gesellschaft Akt.-Ges. Steglitz, Boden-Akt.-Ges. Berlin-Nord, Hohenlohesche Nahrungsmittelfabrik, Ver. Bremer Portland-Cementwerke Porta-Union.
<b>Sonabend,</b> 15. Juni	Bankausweis New York. — G.-V.: Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff-Akt.-Ges., Norddeutsche Hochseefischerei Akt.-Ges., Kollmar & Jourdan Akt.-Ges., Continentale Rhederei Hamburg. — Schluss der Einreichungsfrist Oberschlesischen Portland-Cementfabrik zu Oppeln, Bezugsrechts Zechau-Kriebitzscher Kohlenwerke Glückauf, der Zeichnungsfrist Maschinenbau-Akt.-Ges. Starke & Hoffmann.

<b>Montag,</b> 17. Juni	G.-V.: Akt.-Ges. Thiederhall.
<b>Dienstag,</b> 18. Juni	Reichsbankausweis. — G.-V.: Orenstein & Koppel, Trachenberg-Militärscher Kreisbahn, Schlesische Kleinbahn Akt.-Ges., A. E. G. Schnellbahn Akt.-Ges., Seebeck Schiffswerft und Maschinenfabrik.  Verlosungen: 5. Juni: Crédit foncier de France 2 <sup>3</sup> / <sub>8</sub> u. 3 <sup>0</sup> / <sub>10</sub> Comm.-Obl. v. 1879, 1880, 1891, 1899, Crédit foncier de France 3 <sup>0</sup> / <sub>10</sub> Pfandbr. (1909), Pariser 2 <sup>0</sup> / <sub>10</sub> 500 Fr.-Lose (1898) desgl. 3 <sup>0</sup> / <sub>10</sub> 300 Fr.-Lose (1912). 14. Juni: 2 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> <sup>0</sup> / <sub>10</sub> Griechische Nationalbank Präm.-Anl. von 1904. 15. Juni: Brüsseler 100 Fr. (1902), 3 <sup>0</sup> / <sub>10</sub> Crédit foncier Egyptien Obl. (1886, 1903, 1911), Freiburger 20 Fr. (1898), Holländische 15 Gld. (1904), 4 <sup>0</sup> / <sub>10</sub> Pariser 500 Fr. (1865), 5 <sup>0</sup> / <sub>10</sub> Suez-Canal 500 Fr. (1868).

Aufträge des Bankenkonsortiums für Anschaffung von Rubelmaterial — grössere Rubelbeträge im Ausland aufgehäuft worden sind. In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, dass man in Berlin mit der Absicht umgeht, die Rubelnotiz an der hiesigen Börse wieder aufzunehmen. Diesen Entschluss werden, wenn er trotz der gegenwärtig nicht gerade als erfreulich und sicher zu bezeichnenden innerpolitischen Lage Grossrusslands in die Tat umgesetzt werden soll, jedenfalls gründliche und schwierige Erwägungen darüber vorangehen müssen, auf welche Kategorien von Rubeln sich die Notiz erstrecken soll. Es scheint, als ob völlige Klarheit darüber, was eigentlich für legitime Rubelemissionen in den letzten 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Jahren erfolgt sind und welche davon von der neuen Regierung als bindende Verpflichtungen anerkannt werden sollen, noch nicht einmal in Russland selbst besteht. Für uns hier wird also dieser ganze Fragenkomplex zum mindesten nicht leicht zu entwirren sein. — Ob eine Notierung auch der ukrainischen Karvonetz in Berlin in absehbarer Zeit beabsichtigt ist, darüber lässt sich noch nichts Sicheres feststellen.

Vor etwa einer Woche ist der Bericht über die Tätigkeit der Darlehenskassen im Jahre 1917 erschienen, der zeigt, wie völlig diese Institute in den 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Jahren ihres Bestehens, ganz besonders aber im letzten Jahre, ihre Struktur verändert haben. Die Warenbeleihung spielt nur noch eine ganz bescheidene Rolle (1,2% sämtlicher Darlehen gegen 3,7% im Jahre 1916) und auch die Darlehensgewährung für Zwecke der Kriegaanleihezeichnung fällt nicht mehr sehr ins Gewicht. Die Vorschüsse an die Kriegsgesellschaften machen nur noch 3,4% (i. V. 10,5%) der Darlehenssummen aus und auch die Ausleihungen an Sparkassen (5,6% gegen 23%) und Banken, Bankiers und Kreditgenossenschaften (2,1% gegen 4,9%) sind relativ unerheblich. Das Hauptgeschäft konzentriert sich vielmehr bei den Darlehenskassen neuerdings auf die Vorschussgewährung an die Bundesstaaten und Kommunen, die insgesamt zu einem Prozentsatz von 74,9% (i. V. erst 25%) die von den Darlehenskassen gewährten Vorschüsse an sich gezogen haben. Die Darlehenskassen sind also im Jahre 1917 der Bankier der Bundesstaaten und Kommunalverbände geworden. Die Gründe für die völlige Wandlung des Charakters der

<sup>1)</sup> Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Marktstage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In Kursiv-Schrift sind diejenigen Wertpapiere gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen.

Kassen sind offensichtlich. Sie liegen einmal in der beispiellosen Geldflüssigkeit des offenen Marktes, die jedes gesunde Kreditbedürfnis befriedigen kann und gerade auch für die Kreise befriedigt, für die seinerzeit die Institution der Kassen gedacht gewesen ist. Sie resultieren ferner aus dem gewaltigen Geldbedarf der vor nie geahnten Aufgaben gestellten Bundesstaaten und Kommunen, der auf legitimen Wege, durch Ausgabe langfristiger Anleihen, heute nicht gestillt werden kann. Und endlich liegen sie in der Finanzpolitik des Reiches, das nicht wünscht, dass die Bundesstaaten durch Verkauf von Schatzscheinen usw. am offenen Geldmarkt dessen Aufnahmefähigkeit für Reichsschatzwechsel beeinträchtigen, die den laufenden Bedarf des Reiches decken und bei der Auflage von Kriegsanleihen in Anleihenstücke umgetauscht werden. Dieser Gesichtspunkt ist aber kaum zutreffend. Die Auf-

nahmefähigkeit des offenen Marktes ist heute so überaus gross, dass ohne jede Störung des Absatzes von Reichsschatzscheinen auch noch die Bundesstaaten (von denen übrigens Preussen mit den Verkauf von 5% Schatzscheinen zur Bezahlung fälliger Anleiheposten, sowie Oldenburg und Bremen diesen Weg schon einmal beschritten haben) dort als Geldnehmer auftreten könnten. Der Geldmarkt hat geradezu ein Bedürfnis nach etwas Abwechslung in den wenigen Typen, die heute seinem Anlagebedürfnis zur Verfügung stehen, und es ist als sicher anzunehmen, dass er sich den Bundesstaaten in weitgehendem Masse für die Deckung ihrer laufenden Verbindlichkeiten zur Verfügung stellen würde. Dadurch würde auch eine wesentliche Entlastung der Darlehenskassen erzielt werden können, deren hoher Kassenscheinumlauf eine Reduzierung wohl vertragen könnte.

Justus.

## Plutus-Archiv. Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlags zu beziehen.)

**Die Wirklichkeit.** Deutsche Zeitschrift für Ordnung und Recht. Herausgeber Graf v. Bothmer, München. Erster Jahrgang Heft 21. Preis: Abonnement vierteljährlich 5.— M., Heft einzeln 0.50 M.

Die Erbschaft des ledernen Kanzlers: Machiavelli und Bethmann-Hollweg. — Der lederne Kanzler und der Krieg. — Harnack, der Hoftheologe. — Auswärtige Politik und Krieg. — England und wir. — Der Krieg mit Russland. — Zensur und staatsmännische Verantwortlichkeit. — Der Kanzler und die Arbeiterschaft. — Der Reichstag wie er ist und wie er werden soll. — Das deutsche Oberhaus. — Und ich befreie meine Seele.

**Bodenschätze als biologische u. politische Faktoren.** Von Professor Dr. Walther Roth (Greifswald). Berlin 1917. Verlag von Julius Springer. Preis 1.— M.

**Die Donau als Rückgrat eines mitteleuropäischen Wasserstrassennetzes.** Von Ottokar Piskacek, k. u. k. Generalmajor d. R. 1917. Wien: Waldheim-Eberle A. G. — Leipzig: Otto Klemm. Preis K. 6.—, M. 5.—.

Einleitung. — Die Donaukonferenz. — Das Donaugebiet unter besonderer Berücksichtigung des Stromes als Verkehrslinie. — Hochwässer, Ueberschwemmungen, Eisbildung. — Schifffahrtstage, Eistage. — Wasserstände und deren Dauer, Wasserabfuhr, Uferhöhen, Stromgeschwindigkeit, Strombreiten, Tiefen, Gefälle. — Furten. — Schifffahrtshindernisse und Beschaffenheit des Strombettes. — Brücken. — Schiffpark der auf der Donau und deren Nebenflüssen verkehrenden Schifffahrtsunternehmungen. — Abmessungen und Tonnengehalte der auf den einzelnen Strecken der Donau üblichen Fahrbetriebsmittel. — Der Schleppzug (Gegenfahrt) auf der Donau. — Normalschleppe der Donau. — Die Ausnützbarkeit des 650 Tonnentyps. — Bauformen der Donauzugdampfer und deren Zugskosten. — Leistungen der Zugdampfer der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft in der Bergfahrt im Jahre 1901 — Winterhäfen, Umschlagplätze. — Schiffswerften und Schiffs-Reparaturwerkstätten. — Verkehrsstärke. — Strom- und Seeverkehr über Sulina. — Frachtsätze. — Reisedauer. — Die internationalen Fragen des öffentlichen Donaurechtes. — Die Stromunterteilung und die Schifffahrtsverhältnisse der Donau von Ulm bis Sulina in den einzelnen Teilstrecken.

— Die Strecke Ulm bis Passau. — Die Strecke Passau bis Dévény (Theben). — Die Strecke Dévény bis Orsova-Verciorova. — Die Strecke Verciorova bis Braila. — Die Strecke Braila bis Sulina. — Stromregulierung in den einzelnen Teilstrecken. — Die Strecke Ulm bis Passau. — Die Strecke Passau bis Dévény (Theben). — Die Strecke Dévény bis Orsova-Verciorova (Abschnitte Dévény-Gönyö, Gönyö—Omoldova, Omoldova bis Orsova-Verciorova). — Die Strecke Verciorova bis Braila. — Die Strecke Braila bis Sulina. — Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse der Regulierungen und der noch für die Ausgestaltung der Donau als Großschiffahrtsstrasse notwendigen Arbeiten. — Künstliche Wasserstrassen. — Das österreichische Wasserstrassengesetz. — Gesamtlänge der geplanten österreichischen Wasserstrassen. — Höhe der Wasserscheiden, Gesamtgefälle. — Wirtschaftlicher Wert der einzelnen Kanallinien. — Der Donau-Oderkanal. — Der Donau-Moldaukanal. — Der Oder-Elbekanal. — Der Oder-Weichsel-Donjesterkanal. — Bisher durchgeführte Arbeiten. — Militärische Bedeutung der Wasserstrassen. — Schlusswort. — Beilagenverzeichnis: Das Aschacher und Brandstätter Kachlet. — Planskizze des Strudens. — Die Donau-Kataraktenstrecke zwischen Omoldova und Turn-Severin. — Plan des Eisernen Torkanals. — Brückenprofile. — Vergleichende Darstellung der Längenschnitte einiger Kanallinien. — Schiffswerfte der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft in Korneuburg. — Uebersichtskarte.

**Untersuchungen über die Lebenskosten in der Schweiz.** Mit Beiträgen von E. Ackermann, P. Gross, W. Kaufmann, Jacob Lorenz und A. Menzi. Im Auftrage des Vereins für Sozialpolitik herausgegeben von Dr. Stephan Bauer, Professor an der Universität Basel. München und Leipzig 1917. Verlag von Dunker und Humblot. Preis 8.— M.

**Friedenskongresse und Friedensschlüsse im 19. und 20. Jahrhundert.** Von Professor Eduard von Wertheimer. Berlin 1917. Verlag Ullstein & Co. Preis 1.— M.

Einleitung. — Die Zeit Napoleons I. Metternichs und Talleyrands. — Die Ära Napoleons III. und Bismarcks. — Im Zeichen des Imperialismus und der Schiedsgerichte. — Schlusswort.